



Enquete

„Bio“-Treibstoffe

Bedrohung oder Segen?

Freitag, 18. April 2008

Budgetsaal, Parlament

„Bio“-Treibstoffe - Bedrohung oder Segen?

„Biosprit“ ist alles andere als „bio“

Agrotreibstoffe werden in der Regel mittels hohem chemisch-synthetischem Düngemittel- und Pestizideinsatz, sowie in manchen Regionen bereits mit Gentechnikpflanzen (USA) aus Lebensmittel- und Futterpflanzen (Mais, Raps, Getreide, Zuckerrohr, etc.) hergestellt. Nur ein Teil der Pflanze kann genutzt werden. Diese Biomasse wird dann in einem aufwändigen chemischen Verfahren zu flüssigem Kraftstoff für Motoren umgewandelt. Die industrielle Produktion von Agrotreibstoffen trägt jedoch wenig bei zum Klimaschutz. Sie ist energieintensiv, bringt kaum Einsparungen an CO₂-Emissionen und hat eine schlechte Energiebilanz. Mathematische Modelle, die dem Anbau von pflanzlichen Treibstoffen positive Energiebilanzen bescheinigen, haben meist weder den Transport der Energieträger noch die Belastungen der Umwelt oder die Risiken für die Ernährungssicherheit einkalkuliert.

Agrarsubventionen, Steuerbefreiungen und Beimischungsvorschriften verursachen Agrotreibstoff-Boom

Durch die forcierte Verwendung von Pflanzentreibstoffen wird ein Investitionsanreiz für den Anbau von Energiepflanzen und den Bau von „Bio“-spritanlagen gesetzt. Österreich setzt die Biokraftstoff-Richtlinie der EU sogar mit einem beschleunigten Zeitplan um. Während die EU festlegt, dass bis zum Jahr 2010 5,75% der fossilen Otto- und Dieselkraftstoffe durch Pflanzenkraftstoffe ersetzt werden sollen, sollen es in Österreich im Jahr 2010 bereits 10% sein. Im Jahr 2020 soll dieser Anteil sogar auf 20% erhöht werden (EU-Beimischungsziel bis 2020 ist 10%).

Die Ackerflächen der Industrieländer sind bei weitem nicht ausreichend

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen reichen auch bei Inanspruchnahme der bisher stillgelegten Flächen bei weitem nicht aus, um die in Österreich oder in der EU angepeilten Mengen an Agrosprit zu erzeugen. Für die im österreichischen Biomasseaktionsplan geplante 20%ige Beimischung wären etwa 800.000 Hektar Fläche notwendig, das ist rund die Hälfte des österreichischen Ackerlandes. An Stilllegungsflächen stehen nur etwa 100.000 Hektar zur Verfügung, die für die Strom- und Wärmeproduktion aus Biomasse viel effizienter verwendet werden könnten. Die EU benötigt für ihr Ziel 18 Mio. Hektar Ackerland, es stehen aber nur 7 Mio. Hektar an Stilllegungsflächen zurr Verfügung. Die Rohstoffe und „biogenen“ Kraftstoffe müssten daher aus den Entwicklungsländern importiert werden. Riesige Anbauflächen für Ölpalmen, Mais und Zuckerrohr vernichten bereits fruchtbaren Boden in Lateinamerika, Asien und Afrika, um die Industrieländer mit Pflanzentreibstoffen zu versorgen. Für die arme Bevölkerung sind diese Böden nicht nutzbar.

Weltbank, Internationaler Währungsfonds und FAO warnen vor Unruhen wegen der Lebensmittelkrise

100 Millionen Menschen drohen aufgrund der Lebensmittelknappheit ins Elend abzurutschen, sagte Weltbank-Direktor Robert Zoellick am Ende der Frühjahrstagung in Washington. 33 Länder könnten wegen der gestiegenen Lebensmittelpreise von sozialem Chaos und politischen Unruhen heimgesucht werden. Die Preise für Lebensmittel stiegen in den vergangenen drei Jahren weltweit um 83 Prozent. Als wichtigste Gründe gelten die verstärkte Produktion von Biokraftstoffen, veränderte Ernährungsgewohnheiten in aufstrebenden Ländern wie China und ausgedehnte Dürren etwa in Australien. Auch IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn warnte vor den gefährlichen Konsequenzen steigender Lebensmittelpreise. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigten, dass "diese Fragen manchmal im Krieg enden".¹ Auch seitens der FAO wurde davor gewarnt, dass die explodierenden Lebensmittelpreise eine Bedrohung für Millionen von Menschen in den ärmsten Ländern darstellt.

Umweltminister Pröll hält trotz aller Warnungen am Biosprit-Ziel fest.

Zahlreiche Studien, ExpertInnen, Umweltorganisationen, Entwicklungshilfeorganisationen, die Arbeiterkammer, fordern vehement die Rücknahme der überzogenen Beimischungsziele. Trotz aller Warnungen halten die EU-Kommission und Landwirtschaftsminister Pröll daran fest. „Das haben wir uns vorgenommen. Es ist ambitioniert, wir müssen technisch alles daransetzen“, so Pröll.² Dies trotz fehlender Produktionsflächen in Österreich und in der EU, trotz schlechter Öko- und Energiebilanzen und trotz der Lebensmittelkrise. Das starre Festhalten an diesen Beimischungszwängen zeigt einmal mehr, dass der Klimaschutz beim Umweltminister Pröll zur Interessenspolitik der Agrarindustrielobby verkommt.

Grüne Forderungen

1. Die Bundesregierung und BM Pröll müssen dringend von ihrem deklarierten Ziel, den Anteil an Agrartreibstoffen bis 2010 steigern zu wollen, abrücken!
2. Die Pflanzentreibstoffproduktion darf die Nahrungsmittelversorgung nicht gefährden, weder in Österreich noch in anderen Ländern der Erde.
3. Die Pflanzentreibstoffproduktion sollte aus Gründen der Nachhaltigkeit vor allem auf heimischen Rohstoffen beruhen und vorrangig innerhalb der Landwirtschaft (z.B. zum Antrieb von Traktoren) eingesetzt werden. Negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, den Wasserhaushalt und die Bodenfruchtbarkeit müssen ausgeschlossen werden.
4. Kein Einsatz von Gentechnikpflanzen für die Herstellung von Pflanzenkraftstoffen.

¹ APA014 2008-04-14

² Ö1, Mittagsjournal

5. Förderung einer lokal angepassten Bio-Landwirtschaft als Beitrag zum Klimaschutz und zur Welternährung: nur diese ist in der Lage, im Einklang mit biologischer und kultureller Vielfalt die Ernährungsbasis der Menschen zu sichern.